



GdP aktiv



Gewerkschaft der Polizei (GdP) - Kreisgruppe Mannheim

**Ausgabe
24.08.2009**

Unsere Themen:

Offener Brief:
**GdP stinksauer auf
Justizminister**
(Seite 1)

GdP-Bund:
**MdB Oppermann
greift Schäuble an**
(Seite 2)

Fußball-IMK:
**GdP:
Wirtschaftliche
Interessen beim
Fußball dürfen nicht zu
Lasten der
Sicherheit gehen**
(Seite 2)

Anti-Gewalt-Aktion:
**Wir geben Gewalt
keine Spielraum**
(Seite 3)

Bürger-Diskussion:
**Privater Waffenbesitz
und Waffenrecht**
(Seite 4)



Impressum

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei Mannheim,
Vorstand, B 6, 4-5 / 68159 Mannheim,
Telefon 0621/174-4226 Fax: -3999
Email: info@gdpmannheim.de
Internet: www.gdpmannheim.de
Redaktion: Thomas Mohr



Führten gute Gespräche: (von links) PD-Leiter Klaus Danner, Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner und der stv. Leiter der PD Waldshut-Tiengen Arno Englen.

GdP-Landesvorsitzender informiert sich vor Ort Rüdiger Seidenspinner zu Besuch bei der PD Waldshut-Tiengen

Am letzten Montag traf sich der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Rüdiger Seidenspinner mit dem Leiter der Polizeidirektion Waldshut-Tiengen, Kriminaldirektor Klaus Danner.

KD Klaus Danner informierte den GdP-Landesvorsitzenden in einem offenen und detailreichen Gespräch, über die Leistungen seiner Mitarbeiter. Aber auch die Nachteile des Stellenabbau für die PD wurden dargelegt.

Von der professionellen Arbeit konnte sich Rüdiger Seidenspinner gleich selbst ein Bild machen:

Während seines Besuchs stellte sich ein Bankalarm recht bald als Fehlalarm heraus, aber kurze Zeit später kam es dann zu einem Raubüberfall in einem Drogeriemarkt. Hier gelang, aufgrund der guten Täterbeschreibung und dem Hinweis eines Beamten des Polizeipostens Tiengen, den Kollegen ein schneller Ermittlungserfolg:

Ein 23 Jahre alter Täter, der maskiert und mit einem ca. 40 cm langen Küchenmesser bewaffnet war, bedrohte die Kassiererin und erbeutete mehrere hundert Euro und Zigaretten.

Noch am selben Nachmittag konnte der Täter festgenommen werden. Die Beute wurde sichergestellt. Der Täter war geständig, Haftbefehl wurde erlassen.

Rüdiger Seidenspinner wurde zum Abschluss des Treffens eine Zusammenstellung von Daten und Fakten über die Polizeidirektion Waldshut-Tiengen übergeben.

Es bleibt zu hoffen, dass die Eindrücke, die Rüdiger Seidenspinner von einer kleinen, aber effektiven und erfolgreichen Polizeidirektion mitnahm, sich positiv in seiner Gewerkschaftsarbeit niederschlagen wird.

Offener Brief an Justizminister Prof. Dr. Goll:

GdP stinksauer auf Justizminister

Sehr geehrter

Herr Justizminister Prof. Dr. Goll,

die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zeigt sich mehr als verwundert über ihre angeblichen Äußerungen in der Bild-Zeitung wie sie z.B.: vom Oberbadischen Tagblatt wiedergegeben werden.

„... Das Innenministerium müsse im Zweifel Polizisten für das Projekt (Anmerkung: Überwachung entlassener Sexualstraftäter) abstellen, die momentan noch Strafzettel schreiben.“ Zitat Ende

Es liegt uns fern, uns als GdP zu einem diskussionswürdigen Projekt zu äußern, aber die Ihnen zugeschriebenen Äußerungen, zeigen deutlich den Stellenwert, den die Polizei bei ihnen und somit einem nicht unwesentlichen Teil der Landesregierung hat.

Die Landesregierung, der Sie angehören, hat der Polizei 1000 Voll-

zugsstellen gestrichen.

Dieser Fakt darf nicht ständig unter den Tisch fallen. Wenn dann noch der Justizminister mit Äußerungen in den Medien zitiert wird und hochqualifizierte Polizeiarbeit mit der eines Büttels vergleicht, macht dies deutlich, wie manche Entscheidungen in der Politik zustande kommen.

Die Polizei des Landes Baden-Württemberg leistet hervorragende und hochqualifizierte Arbeit in der Bekämpfung von Straftaten und in der Prävention. Dies stellen wir jedes Jahr erneut unter Beweis.

Die GdP ist jedenfalls froh, dass die Bevölkerung im Lande eine andere Einstellung zu ihrer Polizei hat,



als es die Äußerungen des Justizministers vermuten lassen.

Im Sinne der Sache, wären wir um eine sachgerechtere Einlassung dankbar gewesen, aber vielleicht ist im Wahljahr die Lufthoheit über den Stammtischen wichtiger als die Sachlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Rüdiger Seidenspinner
Landesvorsitzender

Montag, 17. August 2009

Minister Goll dringt auf Kontrolle von Sextätern



Stuttgart (dpa/lsw) - Die seit Jahren im Südwesten geplante Überwachung entlassener Sexualstraftäter sollte nach Überzeugung von Justizminister Ulrich Goll (FDP) möglichst rasch verwirklicht werden. «Ich erwarte, dass bei den Haushaltsgesprä-

chen im Sommer der Knoten platzt», sagte Goll der «Bild»-Zeitung (Montagsausgabe). Er fügte hinzu:

«Da muss das Innenministerium Prioritäten verschieben und im Zweifel Polizisten für das Projekt abstellen, die mo-

mentan noch Strafzettel schreiben.»

Nach Angaben des Justizministeriums werden im Land jährlich im Schnitt zwischen 450 und 600 Sexualstraftäter aus der Haft entlassen. Rund die Hälfte gilt als rückfallgefährdet.



Oppermann greift Schäuble an

Fragen der Innen- und Sicherheitspolitik erörterten der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, **Thomas Oppermann, MdB** und der **GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg** (Foto).

Oppermann, der die GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin besuchte, ist das für Innenpolitik zuständige Mitglied des Kompetenzteams um Frank-Walter Steinmeier.

Der 55jährige Herausforderer des amtierenden Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble interessierte sich vor allem für die Personalsituation bei der Polizei, die Entwicklung der Alltagskriminalität und die zunehmenden gewalttätigen Übergriffe auf Polizeibeamte.



„Fußball-IMK“ der Unions-Minister in Chemnitz:

GdP: Wirtschaftliche Interessen beim Fußball dürfen nicht zu Lasten der Sicherheit gehen



Konkrete Schritte zur Bekämpfung der wachsenden Gewalt im Fußballgeschehen erwartet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) von dem Treffen der Innenminister und –senatoren der unionsregierten Bundesländer in der kommenden Woche in Chemnitz.

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Fast die Hälfte der insgesamt 127 länderübergreifenden Polizeieinsätze im vergangenen Jahr 2008 waren notwendig geworden, weil bei Fußballbegegnungen mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zu rechnen war. Dabei han-

delt es sich nur um die Zahl der Einsätze, die Länderpolizeien ohne Unterstützung aus anderen Bundesländern nicht hätten leisten können. Die Zahl der Polizeieinsätze, die ein Bundesland Woche für Woche mit eigenen Kräften zusätzlich meistern muss, haben wir gar nicht mehr gezählt.“

Die Aufblähung der Spieltage in der 1. und 2. Liga stelle die Polizei vor noch größere Herausforderungen. Freiberg: „Die Ausweitung der Spieltage über das gesamte Wochenende wird die Personalnot bei der Polizei weiter verschärfen.“ Die GdP begrüßt, dass an der Innenmi-

nisterkonferenz der unionsregierten Länder am kommenden Donnerstag auch die Innenpolitiker der Union und der Deutsche Fußballbund teilnehmen sollen. Freiberg: „Wir erwarten von den CDU- und CSU-Politikern, dass sie den DFB stärker für die innen- und gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Fußballgeschehens in die Pflicht nehmen.“

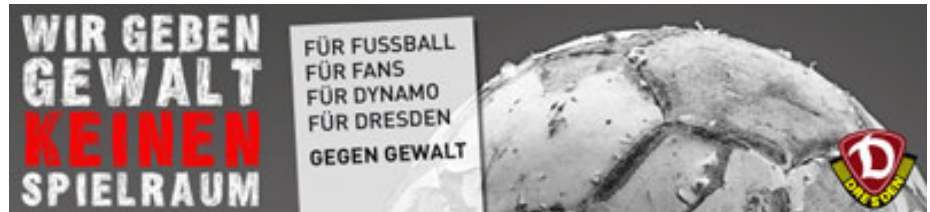
Fußball ist aber nicht nur eine Sache, an der viele Millionen Freude haben und andere viele Millionen verdienen. Fußball hat auch seine dunkle Seite. Wer diese Seite ignoriert, handelt verantwortungslos.“

SG Dynamo Dresden Kampanie gegen Gewalt im Fußball:

Wir geben Gewalt keinen Spielraum

Das Bild unserer SG Dynamo in der Öffentlichkeit ist seit einigen Jahren schwer belastet. Auf der einen Seite haben wir Bilder von guter Stimmung im Stadion, von tollen Choreographien der Fans und Tausenden, die unsere Sportgemeinschaft regelmäßig zu ihren Auswärtsspielen begleiten, vor Augen. Auf der anderen Seite wurden gerade diese tollen Stimmungen immer wieder überlagert.

Von Meldungen und Berichten beispielsweise, über Auseinandersetzungen zwischen so genannten „Fans“ mit Anhängern anderer Vereine oder auch der Polizei. Von explodierenden Knallkörpern, Raketen oder Rauchbomben. Dieses kostet unseren Verein nicht nur eine Menge unnötigen Strafgeldes an den DFB und andere Organisationen, sondern belastet das Image der SG Dynamo sehr. Die Konsequenzen sind zum Beispiel Probleme bei Sponsoren, sich mit unserem Klub zu identifizieren. Gerade im überregionalen Bereich ist dieses häufig der Fall. Das hat dann zur Folge, dass Engagements möglicherweise nicht fortgesetzt werden bzw. gar nicht erst zustande kommen. Oder auch ein allgemeines negatives Bild, welches sich außerhalb der Grenzen Dresdens und Sachsens in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat, wenn der Name „Dynamo Dresden“ fällt. Oft wird eben dieser Name mit Krawallen, gewalttätigen Auseinandersetzungen und Störungen des Spielbetriebes in Verbindung gebracht. Und das alles färbt leider



auch ab. Auf unsere Stadt zum Beispiel, die so viel zu bieten hat, kulturell, historisch und eben auch sportlich. Und auch auf alle Fans, die einfach nur guten und erfolgreichen Fußball sehen und die einmalige Stimmung im Stadion erleben wollen.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Hier sind viele Beteiligte verantwortlich, wenn sich ein Verein am Ende so nach außen darstellt, wie es bei uns der Fall ist. Da nehmen wir uns selbst bei der Fehlersuche nicht aus. Und deshalb ist jetzt jeder Einzelne gefordert, darüber nachzudenken, wie er dazu beitragen kann, dass es anders wird. Für uns ist es wichtig, dass sich viele Mitglieder, Fans, Anhänger, Sponsoren und Bürger der Region Dresden mit der SG Dynamo solidarisieren und dokumentieren, dass Sie sich gegen Gewalt und all ihre Ausprägungen im Zusammenhang mit Fußballspielen wenden. Deshalb haben wir die Kampagne „Wir geben Gewalt keinen Spielraum“ ins Leben gerufen. Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland und in Europa wieder an tollen Fußball denken, wenn sie den Namen „Dynamo

Dresden“ hören. Wie es schon einmal über viele Jahre hinweg der Fall war. Und an die riesige Unterstützung unserer Fans für Ihren Verein. In guten wie in schlechten Zeiten. Wie es immer noch der Fall ist.

Wir sind für Fußball pur, für Fangesänge, für Dresdner Fankultur. Vor allem auch im neuen Stadion. Aber wir sind gegen Gewalttätigkeit, gegen Ausschreitungen und gegen Bedrohungen.

Die SG Dynamo Dresden steht an einem Scheideweg. Entweder, wir alle packen das Problem hier und jetzt gemeinsam an. Oder wir werden an dieser Aufgabe scheitern. Und das würde mindestens eine Entwicklung in die sportliche Bedeutungslosigkeit oder sogar Schlimmeres zur Folge haben.

Die jetzige Plakataktion stellt erst den Beginn unserer Aktion „Wir geben Gewalt keinen Spielraum“ dar. Viele weitere Aktivitäten werden folgen.

Mitmachen. Für Fußball. Für Fans. Für Dynamo. Für Dresden

Quelle: www.dynamo-dresden.de

GdP machte die Problematik, in diesem Jahr, gleich mit zwei großen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen Bundes- und Landesweit zum Thema



Gewalttätige Ausschreitungen bei Fußballspielen haben drastisch zugenommen und liegen rund 30 Prozent über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Fast 1,3 Millionen Arbeitsstunden kosten die Polizeien des Bundes und der Länder die Sicherheit beim Fußball pro Spiel-Saison.

Auf ihrem Bundes-Symposium „Fußball und Gewalt“ im Mai 2009 im Olympiastadion in Berlin und bei der „26.Tagung für Verbrechensbekämpfung“ im Juni 2009 in Sindelfingen machte die Gewerkschaft der Polizei auf die Problematik öffentlich aufmerksam und stellte ein möglichst realitätsnahes Bild, der polizeilichen Anforderungen und einen Eindruck von den physischen und psychischen Belastungen dieser Einsätze, dar. Experten und Praktiker schilderten eindrucksvoll Fußballeinsätze aus polizeilicher Sicht.

Die Anti-Gewalt-Aktion von Dynamo Dresden ist daher nur zu begrüßen und sollte in den anderen Vereinen bald Nachahmer finden.



Kontroverse Diskussion in der Zehntscheuer

Quelle: Mitteilungsblatt Plieningen

Privater Waffenbesitz und Waffenrecht

Plieningen (Kreis Stuttgart): Es war als Informationsveranstaltung gedacht, aber am Schluss blieben fast mehr Fragen offen, als beantwortet werden konnten. In vielen Fällen hatte man den Eindruck, dass die große Koalition nicht nur in Berlin, sondern auch auf lokaler Ebene funktioniert und, dass die, um die es ging - die Sportschützen und Waffensammler - derzeit sozusagen am langen Arm der Politik zappeln. Darüber hinaus konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass man weder auf Bundes- noch auf Landesebene Wert darauf legt, den gordischen Knoten zu lösen. Eher das Gegenteil war der Fall, wie die Diskussionsveranstaltung zeigte.

Initiiert worden war die Veranstaltung in der Plieninger Zehntscheuer von der Stuttgarter Schützengilde, der Schützengilde Stuttgart-Vaihingen, dem Turn- und Sportverein Georgii-Allianz sowie dem Schützenverein Plieningen. Eingeladen hatte man die Bundestagskandidaten des Wahlkreises Stuttgart I (Süd), Dr. Stefan Kaufmann (CDU), Ute Vogt (SPD), Michael Conz (FDP), Michael Lateier (Bündnis90/Grüne) sowie Marta Aparicio (Linke). Letztere war zu dem Termin allerdings gar nicht erschienen.

Die Moderation des Abends hatte Regine Warth von der Stuttgarter Zeitung übernommen. Etwa zwei Millionen Schützen gebe es in Deutschland, davon sind rund 1,45 Millionen im Deutschen Schützenverband organisiert. Sie wolle eigentlich keine Diskussion über den Sinn des Schießsports, der ja auch olympische Disziplin sei, sondern vor allem über die anstehenden Regulierungen, so Warth einleitend. Aber auch mit dieser Einschränkung hatte die Moderatorin keinen leichten Stand, standen sich doch in der bis auf den letzten Platz gefüllten Zehntscheuer zwei Parteien gegenüber. Auf der einen Seite diejenigen, die sich in eine Ecke gedrängt fühlen, weil man ihnen und ihrem Schießsport beziehungsweise ihrer Sammelleidenschaft Gewaltexzesse wie beim jüngsten Amoklauf von Winnenden anlastet - teils direkt, teils versteckt. Auf der anderen Seite eine zahlenmäßig große Gruppe der Bevölkerung, die dem Schießsport nichts abgewinnen kann und für die Lösungen des Problems nur eine Möglichkeit sieht - einen radikalen Schnitt. Keine Waffen, außer für Militär und Polizei, ist ihre Forderung.

Denen die diese Meinung vertreten, werfen die betroffenen Schützen blinden Aktionismus vor. Schließlich hätten pauschale Verbote noch nie und niemandem genutzt, würden bei den meisten Verbrechen, bei denen Waffen eingesetzt würden, überwiegend illegal erworbene Waffen verwendet. Auf beiden Seiten werden Zahlen, Fakten und Zusammenhänge präsentiert, was bei Edgar Hemmerich, dem Bezirksvorsteher von Plieningen und Birkach (ehemaliger Polizeibeamten, und damit ehemaliger Waffenträger) zu der einleitenden Bemerkung führte: "Ich erhoffe mir von der

nachfolgenden Diskussion eine möglichst große Transparenz sowie eine faire und konstruktive Auseinandersetzung, um etwas gescheiter nach Hause gehen zu können".

Waffenrecht—Beruhigungsspiel fürs Volk

Die Diskussions- und Informationsveranstaltung, die in drei Teile gegliedert werden sollte (Fragerunde an die Bundestagskandidaten / Stellungnahmen der Verbandsvertreter / Fragerunde aus dem Publikum) geriet aber zum Teil zu einem reinen Austausch von Meinungen und nur zu einem geringeren Teil zum



Austausch von Fakten und Tatsachen. Mit dem Waffenrecht allein - einer Beruhigungsspiel fürs Volk, wie kritisch eingeworfen wurde - könne man keine Amokläufe verhindern. Darüber bestand weitestgehend Einigkeit. Hatten aber nun bisher Gesetze den Umgang mit Waffen, die Aufbewahrung und mehr geregelt, greifen hier künftig wohl nur noch Rechtsverordnungen - ein Unterschied wie Beton (Gesetze) zu Wachs (Verordnungen).

Verordnungen können von Bundesland zu Bundesland verschieden gestaltet werden und Verordnungen können eher per Gerichtsverfahren angefochten oder modifiziert werden. Allen Formen der deutschen Kleinstaaterei sind damit wohl wieder die Türen geöffnet - siehe die Rauchverbote oder das Schulwesen.

Pragmatische Lösungen gefordert

So sehr sich die Diskussionssteilnehmer auf dem Podium auch auf diese Veranstaltung vorbereitet hatten - die Verbandsvertreter lieferten ihnen die Nachweise dafür, dass derzeit nur an Verordnungen gebastelt wird. "Verordnungen, die vom Bundesministerium des Inneren und den Vertretern des Bundesrats durch gewunken werden können", wie es ein Betroffener formulierte. Zudem, so war zu hören, habe man in Berlin eine Tür geöffnet, durch die nur noch keiner gegangen sei - dafür sei die neue Entwicklung noch zu frisch. Was man aber unisono befürchte, war, dass dem Schießsport die Luft abgeschnürt wird.

Bei all den Bildern von einer schönen Zukunft, in der alle Waffen sicher hinter meterdicken Stahlschranken mit biometrischen Zugangscodes verwahrt werden (also Fort Knox für den Hausgebrauch) kam dann aus dem Publikum die Forderung, doch die Kirche im Dorf zu lassen und nach pragmatischen Lösungen zu suchen.

Dies betrifft auch andere Vorgänge wie die nach den bürokratischen Hürden für den Erwerb von Sportwaffen. Bislang hatten dafür (unter anderem) die Mitgliedschaft im Schützenverein ausgereicht. Künftig wird wohl die Messlatte höher gelegt, wird der Sportschütze seine schießsportliche Betätigung auch nachweisen müssen.

Wie in der Diskussion auch herauszuhören war, scheint bei der sportlichen Betätigung in vielen Fällen auch die Faszination für Waffen gelitten zu haben. Die Praxis hat eben nichts gemein mit Krimis oder Wild-West-Schinken. Zu Wort kamen auch die Jäger, die ebenso wie die Gruppe der Waffensammler gravierende Fehler bei den bislang vorliegenden Entwürfen für ein neues Waffenrecht sehen. Es wurden auch amtliche Ungereimtheiten aufgezeigt - von bislang manchmal eher unsauber geführten Waffenregistern war die Rede und auch von den rund 570 Waffenerlaubnis-Behörden in Deutschland. Der Vorsitzende des Kuratoriums zur Förderung historischer Waffensammlungen, Hans-Peter Schmid erklärte in seinem Beitrag, dass er die Zahl der illegalen Waffen, in Deutschland auf rund 20 Millionen schätze. Eine unvorstellbar hohe Zahl.

Die Diskussion wurde teilweise mit großer Schärfe geführt, meist aber ohne ins Unsachliche oder Persönliche abzugleiten. Viele Argumente wurden ausgetauscht und die Bundestagskandidaten konnten viele Anregungen und Informationen mit nach Hause nehmen.

Allen Betroffenen sei klar, dass Politik nicht alles regeln könne - obwohl dann, wenn es brennt jeder nach der Politik ruft, war von Seiten der Politik zu vernehmen. Den Sportschützen wurde vermittelt, dass das, was sie längst hätten (vielleicht besser) organisieren sollen, nämlich die sichere Verwahrung von Waffen, zukünftig stärker kontrolliert wird. Ihnen wurde aber auch mit auf den Weg gegeben, sich und ihre Anliegen verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen.

Sie sollten ihre Jugendarbeit als Thema offensiver vertreten und den Kontakt mit der Politik, den Abgeordneten und Mandatsträgern stärker als bisher suchen, also Lobbyarbeit auch unterm Jahr machen.

Mit diesen Wünschen der Politik an die Schützen und einem Schlusswort von Michael Wörner, Vorsitzender des Schützenvereins Plieningen, endete eine Podiumsdiskussion zum Thema Waffenrecht, die zu den bislang am besten besuchten gehöre, so einer der Bundestagskandidaten.



Ball der Polizei Mannheim

Motto Hollywood

Wann? 26.09.2009

Wo? Kulturhaus Mannheim-Käfertal, Gartenstraße 8, 68309 Mannheim

Einlass 19.00 Uhr

Beginn 20.00 Uhr

Programm
Cornelia Bardi - Berühmte Filmmelodien
Klaus Löffler - Bud Spencer Patodie
Lisa Pic - Marilyn Monroe Show
Thomas Moraweck - "Der Terminator"
Tanzschule Weinmann - Tanzdarbietung
Full House - Tanz- und Programmbegleitung

15.- € pro Karte



Nur noch **wenige** Freikarten für GdP Mitglieder

Wie im letzten Jahr gibt die GdP Mannheim, an interessierte GdP Mitglieder, 50 Freikarten für den Polizeiball 2009 aus.

Also, wer dabei sein will einfach E-Mali an

info@gdpmannheim.de
oder unter
GdP-Phone 01577-4876139